



Parlament hält an Steuersenkung fest

Finanzen im Kanton Bern Der Grosse Rat will nicht einmal prüfen, auf die Steuersenkung für Firmen zu verzichten. Den Ausschlag gab die gesplattene BDP.

Sandra Rutsch

In der Budgetdebatte im November wird sich der Kanton Bern wegen der Corona-Krise neu verschulden dürfen. Aber die Gewinn- und Kapitalsteuersenkung für Unternehmen will er trotz der Pandemie möglich machen. Während punkto Schuldenbremse am Mittwoch noch die Ratslinke die BDP und GLP von ihrem Anliegen überzeugen konnte, schwangen am Donnerstag bei der Steuersenkung die Bürgerlichen obenaus. Mit 82 zu 73 Stimmen lehnte das Parlament ein Postulat von Ursula Marti (SP, Bern) ab. Es will folglich nicht einmal prüfen, ob auf eine Steuersenkung verzichtet werden sollte.

Mindestens 40 Millionen Franken soll die Entlastung für die Firmen im Jahr 2021 insgesamt betragen. Das stellte die Regierung mit einer geplanten Senkung der Steueranlage beim Budget 2021 in Aussicht. Darüber beschliesst der Grosse Rat zwar erst im Herbst. Doch um ganz sicherzugehen, dass die Regierung Wort hält, überwies das Parlament im März eine Motion der Finanzkommission. Darin beauftragt es die Regierung mit der Steuersenkung.

«Damals konnte noch niemand wissen, dass wir bald mit einer solchen Krise konfrontiert sein würden», gab Grossrätin Marti zu bedenken. Die Regierung rechnet aufgrund der Corona-Kri-

se für 2020 mit einem Mehraufwand von 450 bis 550 Millionen Franken und damit mit einem Defizit von rund 300 Millionen Franken. «Wir können 40 Millionen Franken retten, wenn wir auf die Steuersenkung verzichten», gab Marti zu bedenken. Von einer solchen würden eh nur Firmen profitieren, die Gewinne schreiben – und nicht solche in Not.

Gesplattene BDP

Das Votum der Finanzkommission (Fiko) gab Marti Grund zur Hoffnung. Ebenso wie die Regierung befürwortete diese, die Motion in der schwächeren Form eines Postulats anzunehmen und

«Wir können 40 Millionen Franken retten, wenn wir auf die Steuersenkung verzichten»

Ursula Marti

Grossrätin somit das Anliegen zu prüfen. Allerdings waren die Mehrheiten in der Fiko sehr knapp: 8 Mitglieder waren dafür, 7 dagegen, eines enthielt sich und eines war abwesend.

In der Debatte machten die Sprecher von SVP, FDP, EDU und GLP denn auch keinen Hehl daraus, dass sie an der Steuersenkung festhalten wollen. «Wir wollen trotz Corona kein Hüst

und Hott», sagte Adrian Haas (FDP, Bern). «Wir müssen langfristig denken. Eine Senkung der Unternehmenssteuern dient allen», fand auch Luca Alberucci (GLP, Ostermundigen).

Wäre die BDP indes geschlossen hinter ihrer Finanzdirektorin und ihrem Sprecher gestanden, hätte es für ein sehr knappes Ja zum Postulat gereicht. «Es ist eine Stärke von Politikerinnen und Politikern, wenn sie Situationen neu überprüfen», sagte Jakob Etter (Treiten). Fünf von 13 BDP-Mitgliedern jedoch fanden, man müsse an der Steuersenkung festhalten. Hätten sie das Postulat angenommen, wäre der Entscheid in die andere Richtung gekippt.

Im Herbst auf ein Neues

Ob es bei diesem Entscheid bleibt, wird sich im November zeigen. Denn Etter sagte auch: «Wir müssen uns alle Optionen offenlassen. Solange wir keine konkreten Zahlen und kein klares Budget haben, ist jeder Entscheid hier obsolet.» Auch seine Parteikollegin, die Finanzdirektorin Beatrice Simon, verwies auf die Budgetdebatte. «Wir müssen darüber diskutieren, ob sich der Kanton überhaupt Steuersenkungen leisten kann.»

Die Regierung hat zwar nun weiterhin den Auftrag, die Steuern für die Firmen zu senken. Doch es liegt beim Parlament, ob es auch im November nochmals mitzieht.



Der Vorstoss von Ursula Marti (SP, Bern) hatte auch als Prüfungsauftrag keinen Erfolg im Grossen Rat. Foto: Raphael Moser